

Koranverbrennung durch US-Soldaten sorgt für Unruhen in Afghanistan

Zusammenfassung der U.S. Berichterstattung vom 20. bis zum 26. Februar 2012

(Is) Die Verbrennung zahlreicher Koranexemplare durch amerikanische Soldaten auf der Bagram Air Base in Afghanistan am Anfang dieser Woche sorgte für große Aufregung. Trotz der förmlichen Entschuldigung von Präsident Barack Obama an den afghanischen Präsidenten Karzai machten wütende Afghanen ihrem Unmut bei aggressiven Protesten und Unruhen Luft, bei denen es bisher mindestens 27 Tote gab. Die Verbrennung sei ein „unglücklicher Fehler“ gewesen, so die amerikanische Regierung, denn die aus einer Gefängnisbibliothek konfiszierten Bände seien nur deshalb vernichtet worden, weil man vermutete, dass die Inhaftierten sich darin heimliche Nachrichten zukommen lassen würden. Zudem versprach die Regierung, genaue Untersuchungen zu dem Vorfall einzuleiten und eine Wiederholung derartiger Ereignisse in der Zukunft um jeden Preis zu verhindern. Die Vorkommnisse haben die ohnehin schon angespannte Situation für die U.S. Armee in Afghanistan noch weiter verschlechtert und es bleibt abzuwarten, wie sich die Ereignisse weiter entwickeln werden, da mit weiteren Protesten zu rechnen ist.

Die steigenden Benzinpreise sorgten auch in den USA für neuen Diskussionsstoff zwischen den Republikanischen Präsidentschaftskandidaten und Präsident Obama. Der Grund für die erhöhten Preise der letzten Zeit ist eine Marktreaktion auf die Drohungen des Irans seine Öllieferungen in den Westen zu stoppen. Doch die Republikanischen Präsidentschaftskandidaten sahen die Ursachen an anderer Stelle. Während Newt Gingrich für die Selbstversorgung der USA durch eigene Ölressourcen mit dem Slogan „Drill here. Drill now. Pay less.“ warb, machte Rick Santorum Obamas Politik für die im Vergleich zum Vorjahr zwölf Prozent höheren Preise verantwortlich. Präsident Obamas Reaktion auf die Angriffe der Republikaner fiel vergleichsweise gelassen aus: Er kritisierte die unrealistischen Versorgungspläne Gingrichs, da die amerikanischen Ölressourcen keinesfalls für eine Vollversorgung der USA ausreichen, und riet stattdessen zu einer Kombination von heimischer Ölproduktion, alternativen Energiequellen und strengerer Effizienzstandards für amerikanische Autos als möglichen Weg aus der Abhängigkeit von Ölimporten. Zudem räumte er ein, dass auch er den Markt nicht beeinflussen könne. Diese Ehrlichkeit wurde von den potentiellen Wählern sehr positiv wahrgenommen.

Die Occupy-Bewegung fordert eine Nationalversammlung am vierten Juli, dem Unabhängigkeitstag der Vereinigten Staaten, als nächsten Schritt gegen die Einkommensungleichheit. Dies scheint die erste klare Zieldefinition der Bewegung zu sein, die zuvor nur durch ihre wütenden, jedoch meist planlosen Proteste überall in den Vereinigten Staaten auf sich aufmerksam machte. Bei Beobachtern der Bewegung weckte sie neue Hoffnung auf einen möglichen Erfolg bei der Bekämpfung der beklagten Missstände.

Quellen:

latimes.com

nytimes.com

slate.com

washingtonpost.com